



## Trumps Woche

Am Wochenende ging der Präsident seinen Lieblingsbeschäftigungen nach. Er sah fern und twitterte: „Wow, @foxnews berichtet große Neuigkeiten ... Trumps Team wurde ausspioniert.“ Auf Fox News war eben Verlass: Seit Wochen bemüht sich der konservative Sender, Trumps Behauptung zu beweisen, Obama habe ihn abhören lassen. Die jüngste Theorie: Susan Rice, ehemals Obamas Nationale Sicherheitsberaterin, habe die Namen von Trump-Mitarbeitern offengelegt, die bei der Überwachung ausländischer Ziele abgehört worden waren. Das ist laut Geheimdienstexperten Routine. Aber egal, mit Rice haben die Konservativen endlich einen Bösewicht gefunden. Und die nötige Ablenkung von dieser anderen Sache. War da irgendetwas mit Russland?

Ansonsten spielte Trump Golf und empfing Ägyptens Diktator Abdel Fattah el-Sisi, der unter Obama in Washington unerwünscht war. Trump sagte, Sisi leiste „fantastische Arbeit“ und posierte mit ihm im Oval Office. Am Mittwoch geschah dann etwas Erstaunliches: Trump entfernte den rechten Chefideologen Stephen Bannon aus dem Nationalen Sicherheitsrat – ein Erfolg für den neuen Sicherheitsberater General Herbert McMaster. Die Außenpolitik wurde schnell kompliziert: Trump musste auf den Giftgasanschlag in Syrien reagieren (siehe Seite 78). In Florida, in seinem Privatklub Mar-a-Lago, empfing er am Donnerstag den Chinesen Xi Jinping. Auch da sollte es um schwierige Themen gehen: Nordkorea und Freihandel. Und es gab nichts, worauf Trump sich freuen konnte: Xi spielt leider kein Golf.

## Südsudan „Überfallen, ausgeraubt, angezündet“

Entwicklungshelfer **Pete Walsh**, 45, von Save the Children über die schwierige Versorgung der Hungernden im Land

„Ich komme gerade von einer Krankenstation im Bundesstaat Jonglei. Dorthin retten sich die Vertriebenen, wenn sie es schaffen. Aber es gibt in Jonglei nichts mehr, was ihnen helfen könnte. Die Medikamente sind aufgebraucht, die Mitarbeiter haben die Station verlassen, weil sie niemand mehr bezahlt. Frauen kommen, um ihre Kinder zu gebären. Aber nicht mal die Toiletten funktionieren.“

Das ist keine Naturkatastrophe, sondern eine von Menschen gemachte Krise. Unterschiedlichste Stämme bekämpfen einander. Dörfer

werden überfallen, ausgeraubt, angezündet, Frauen vergewaltigt. Es geht um Positionen, Macht und ethnische Dominanz.

Manchmal geschehen die Überfälle nachts, wenn alle schlafen. Die Grausamkeit ist kaum zu beschreiben. Wer so etwas überlebt, versteckt sich im Busch. Es gab 12,5 Millionen Menschen hier, mehr als jeder Vierte ist auf der Flucht. Ältere bleiben oft zurück, im Chaos verlieren Kinder ihre Eltern. 270 000 Kinder sind so unterernährt, dass sie ohne medizinische Hilfe sterben. Wir kommen aber nur schwer an die Bedürftigen ran, wegen der Kämpfe. Ich habe in Libyen, Afghanistan und im Irak gearbeitet, aber das hier ist das Härteste. 79 Helfer wurden seit Ausbruch des Krieges getötet. Sieben von ihnen gehörten zu uns.“

Aufgezeichnet von Susanne Koelbl

## Südkorea Neue Strategie im Umgang mit Kim

Mit der Wahl eines neuen Präsidenten am 9. Mai könnte Südkorea von der unversöhnlichen Haltung gegenüber dem verfeindeten Norden abrücken. Der Linksliberale Moon Jae In, 64, hat derzeit die besten Aussichten, Nachfolger der abgesetzten und verhafteten Präsidentin Park Geun Hye zu werden. Moon hält Parks Strategie gegenüber dem Norden für gescheitert: Auch härtere Sanktionen brachten Nordkoreas Diktator

Kim Jong Un nicht von seinem Nuklearprogramm ab, sondern trieben ihn eher dazu, noch aufzurüsten. Moon setzt auf Gespräche mit Kim. Er ist bereit, die gemeinsame Industriezone Kaesong wiederzueröffnen, die Park 2016 schließen ließ. Moon äußert sich auch kritisch über das Raketenabwehrsystem THAAD, das die USA zum Ärger von Nordkorea und China im Süden installieren.

Mit seiner weichen Linie knüpft der Kandidat an die Entspannungspolitik des früheren Präsidenten Roh Moo Hyun an, dem er bis 2008 als Stabschef diente. Damals gab es durchaus Hoffnung auf Versöhnung: Bei einem Gipfel 2007 in Pjöngjang erwogen Nord- und Südkorea einen Friedensvertrag. Kandidat Moon hat Erfahrung mit repressiven Regimen: Als Student wurde er eingesperrt, weil er gegen Südkoreas Diktator Park Chung Hee demonstriert hatte. ww



Moon



## Fußnote

# 450 000

Leihfahrräder sind derzeit in Shanghai unterwegs, 129-mal so viele wie in Berlin, Deutschlands Bike-Sharing-Hochburg. Der Fahrradboom in China ist Segen und Fluch zugleich: Er entlastet den Straßenverkehr, verstopft aber die Gehsteige. Anders als in Europa können viele Leihfahrräder in China per App und GPS gefunden und deshalb überall geparkt werden. Um das Chaos zu mindern, hat Shanghai nun 4000 illegal abgestellte Räder aus dem Verkehr gezogen.



## Nashorn gegen Retter

Im nepalesischen Chitwan-Nationalpark, rund 150 Kilometer südwestlich von Kathmandu, geht ein Panzernashorn auf Helfer los, die zu ihrem Glück hoch zu Elefant unterwegs sind. Das bedrohte Tier war wenig erfreut, dass es – zum Schutz vor Wilderern – gefangen und umgesiedelt werden sollte. Insgesamt fünf Nashörner werden in diesen Tagen ausgesetzt, in der Hoffnung, dass sie sich vermehren.

PRAKASH MATHEWA / AFP

Analyse

## Schiffe versenken

*Das Scharmützel um Gibraltar zeigt die Sehnsüchte der Briten.*

Natürlich wird Theresa May keinen Seekrieg gegen Spanien anzetteln, das ist die beruhigende Nachricht. Der Irrsinn ist, dass es Tage dauerte, dies zweifelsfrei festzustellen. Michael Howard hatte die Debatte losgetreten, ein Vorgänger von May als Tory-Vorsitzender. Die Premierministerin würde nicht zögern, deutete Howard an, auch militärische Optionen zu erwägen, sollte Gibraltar in den Brexit-Gesprächen in Gefahr geraten. Fast wie Thatcher 1982 bei den Falkland-Inseln.

So nett es ist, dass May vorerst keine Kanonenboote an die spanische Küste schickt, so irritierend bleibt die Episode. Sie zeigt, dass es unter den Tories und in Teilen der konservativen Presse eine gar nicht so kleine Fraktion von Träumern und Sesselgenerälen gibt, die nichts lieber spielen als Schiffe versenken. Sie stiften Unruhe, sie setzen die Premierministerin unter Druck. Mit ihnen knüpft das halbe Land übertriebene Erwartungen an den Brexit, was kein Wunder ist, da die

Europagegner bis heute Versprechen machen, die keine Regierung je erfüllen kann. Das britische Überseegebiet Gibraltar hat nicht nur strategische Relevanz. Der Felsen steht auch für die englische Sehnsucht nach Bedeutung. Bei den Nostalgikern ruft er Erinnerungen an eine Ära wach, in der man über Kolonien verfügte und eine ordentliche Seestreitmacht. Durch das EU-Referendum zog sich die Hoffnung, das Königreich werde über sein graues Selbst hinauswachsen, wie zu Zeiten des Empire. Für May wird diese Mischung aus Vergangenheitsfixierung und überzogenen Hoffnungen zur Gefahr. Sie kann an den Erwartungen nur scheitern.

Täglich überqueren Tausende Spanier die Grenze, um in Gibraltar zu arbeiten oder einzukaufen. Das Grenzproblem ist ebenso wenig gelöst wie das zwischen Nord- und Südirland. Europa ist verwachsen. Es gibt keine einfache Lösung, weder in Gibraltar noch auf der irischen Insel. Christoph Scheuermann